

Aktuelle Forschung verbessert Arbeitsbedingungen

Erlanger Psychosomatik veröffentlicht Ergebnisse einer bundesweiten Studie zu den psychischen Belastungen des medizinischen Personals während der Corona-Pandemie

Die hohe Belastung des medizinischen Fachpersonals während der Corona-Pandemie ist seit dem Frühjahr 2020 ein mediales Dauerthema. Jetzt belegen die Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung, wie hoch das Risiko für die Betroffenen ist, eine Depression oder eine Angststörung zu entwickeln und wie sich die Belastungen auf die Arbeit, aber auch auf die Freizeit auswirken. Prof. Dr. (TR) Yesim Erim, Leiterin der Psychosomatischen und Psychotherapeutischen Abteilung des Universitätsklinikums Erlangen, und ihr Team befragten zwischen April und Juni 2020 gemeinsam mit den Psychosomatischen Abteilungen der Universitätsklinika Bonn, Dresden, Köln und Ulm insgesamt 8.071 Teilnehmende aus dem deutschen Gesundheitsbereich, darunter allein 3.060 Beschäftigte der fünf Universitätsklinika. Diese bisher größte wissenschaftliche Erhebung zur psychischen Gesundheit der Mitarbeitenden im Gesundheitswesen ist Teil des EViPan Unimed-Projekts der Erlanger Psychosomatik. Die Erkenntnisse der Online-Befragung sollen zu einem verbesserten Pandemiemanagement beitragen, damit die Mitarbeitergesundheit in Krisenzeiten bewusst unterstützt werden kann. Das EViPan Unimed-Projekt wird als eines von insgesamt 13 bundesweiten Verbundprojekten vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des nationalen Netzwerks Universitätsmedizin (NUM) finanziell unterstützt. Seit dem 16. November 2020 läuft eine zweite Befragungswelle mit erneut hoher Beteiligung der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

„Eine besonders interessante Erkenntnis ist, dass die psychische Belastung des medizinischen Fachpersonals im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung zwar vor dem Auftreten von SARS-CoV-2 signifikant höher war. Jedoch fielen die Belastungswerte der Beschäftigten im Gesundheitswesen während der Pandemie signifikant geringer aus als die in der Bevölkerung. Das spricht für eine gute Fähigkeit zur Bewältigung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“, erläutert Prof. Erim die Ergebnisse der interdisziplinären Studie. Diese ergab, dass die [Prävalenz](#) für Depressionen und Angstzustände bei Ärztinnen und Ärzten bei 17,4 Prozent bzw. 17,8 Prozent lag, während Pflegefachkräfte mit 21,6 Prozent bzw. 19,0 Prozent etwas höhere Belastungswerte aufwiesen. Prof. Erim: „Eine weitere Erkenntnis ist, dass die medizinisch-technischen Fachkräfte eine höhere [Prävalenz](#) für Depressionen und Angstzustände aufwiesen als Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachkräfte, nämlich 23,0 Prozent bzw. 20,1 Prozent. Das verdeutlicht, dass die Belastungen nicht nur an der Frontlinie hoch sind, sondern im gesamten System.“ **Basis für verbesserte Arbeitsbedingungen**

Bei der Analyse der Risikofaktoren für Depressionen bei den Beschäftigten der Universitätsklinika und weiterer Krankenhäuser der Maximalversorgung in Deutschland zeigte sich außerdem, dass die höheren Werte hier vor allem mit unzureichender Erholung in der Freizeit, vermehrtem Alkoholkonsum sowie geringem Vertrauen in die Unterstützung durch die unmittelbaren Kolleginnen und Kollegen bei Schwierigkeiten während der Arbeit verbunden waren. Darüber hinaus standen erhöhte Angstwerte im Zusammenhang mit der Befürchtung, sich mit dem Coronavirus zu infizieren. „Dank dieser Ergebnisse können wir Empfehlungen für zielgerichtete ressourcenstärkende

Unterstützungsangebote aussprechen, die den Beschäftigten helfen, konkrete Krisen wie diese Covid-19-Pandemie besser zu bewältigen. Dazu gehören zum Beispiel effektivere Teambildungsmaßnahmen, Schulungen für Führungskräfte, Kommunikationstrainings, psychologische Begleitangebote für besonders belastete Mitarbeiter und Teams sowie die verstärkte Kommunikation von Schutzmaßnahmen für das medizinische Personal innerhalb der Kliniken“, resümiert Prof. Erim. Die komplette Studie befindet sich im Gutachterverfahren der internationalen Fachzeitschrift „Journal of Psychosomatic Research“. **Netzwerk Universitätsmedizin (NUM)**

Insgesamt 13 Verbundprojekte fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des nationalen Forschungsnetzwerks mit insgesamt 150 Millionen Euro für eine Dauer von zehn Monaten. Die finanzielle Unterstützung soll den Spezialistinnen und Spezialisten aus allen 34 deutschen Universitätsklinika ermöglichen, ihre unterschiedlichen Ansätze zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie gemeinsam und interdisziplinär weiterverfolgen zu können. Koordiniert wird das NUM von der Charité – Universitätsmedizin Berlin. An acht der 13 geförderten Verbundprojekte, die aus Hunderten eingereichter Vorschläge ausgewählt wurden, ist das Uni-Klinikum Erlangen beteiligt.